

Wie wären die Auseinandersetzungen in der Ukraine im November und Dezember 2004 ausgegangen, wenn sich das Ausland neutral verhalten hätte? Vermutlich wäre es für die Demonstranten ohne die Unterstützung von außen zumindest moralisch schwerer gewesen, bei Eis und Kälte ihre Demonstration mutig und mit bürgerlichem Anstand durchzuführen. Während die Welt auf die Ukraine blickte, gelangte Belarus, das sowohl an die EU wie auch an die Ukraine grenzt, aus dem Blickfeld.

Die Parlamentswahlen in Belarus, die am 17. Oktober 2004 stattfanden, standen unter einem ähnlich schlechten Stern wie die in der Ukraine. Die Parlamentswahlen seien frei und fair, legitim und transparent gewesen, so das Regime Lukaschenka und die Wahlbeobachter aus der GUS. Zu einem anders lautenden Urteil kamen die belarussische Opposition und die internationalen Beobachter. Die Wahlen seien nicht frei, nicht fair und keinesfalls demokratisch gewesen. Im Umfeld der Wahl wurden universelle Prinzipien und die verfassungsmäßig festgeschriebenen Rechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit behindert. Eine Medienanalyse des ODIHR zeigt die unfaire Behandlung der Opposition, ihre politischen Alternativen in den Medien darzustellen. Je nach untersuchtem Medium nahmen Berichte über den Präsidenten zwischen 41 und neunzig Prozent der Sendezeit über politische Themen ein, die demokratische Opposition kam hingegen nur auf Werte zwischen null und vier Prozent – wobei

der Präsident durchweg positiv oder neutral dargestellt wurde, die Opposition außer in einem Medium durchweg negativ. Nicht nur im öffentlichen politischen Wettstreit, auch bei der Kandidatenregistrierung gab es erhebliche Unzulänglichkeiten. Wie das ODIHR in seinem Bericht zur Wahl feststellt, wurde die Opposition durch willkürliche Nicht-Registrierung von viel versprechenden Kandidaten untergraben. In einigen Fällen wurde die Registrierung für die Kandidaten ohne Begründung wieder entzogen. Von den zugelassenen 115 oppositionellen Kandidaten für das Parlament konnte nicht ein Einziger in das politisch ohnehin bedeutungslose Parlament einziehen, obwohl die Opposition vor der Wahl über drei Millionen der insgesamt knapp sieben Millionen Wahlberechtigten durch Hauszu-Haus-Besuche kontaktierte. Auch unter der Annahme, dass sich viele Belarussen fürchteten, ihrer tatsächlichen Wahlpräferenz Ausdruck zu verleihen, ist unwahrscheinlich, dass alle Wähler allein den Vertretern des Regimes ihre Stimme gaben und nicht ein einziger Kandidat der demokratischen Opposition gewählt wurde. Zumindest ist es jedoch erstaunlich, dass von 110 möglichen Mandaten bereits 109 im ersten Wahlgang gewonnen wurden, obwohl nach Verhältniswahlrecht abgestimmt wurde. Exit Polls zeigen zudem, dass vier bis sechs Oppositionskandidaten ein Mandat gewonnen hätten. Dreißig bis vierzig weitere hätten nach den Ergebnissen der Exit Polls zumindest so viele Stimmen erhalten müssen, dass

ein zweiter Wahlgang notwendig geworden wäre. In welcher Form Manipulationen der Ergebnisse stattgefunden haben, konnte das ODIHR nicht ermittelns, da sich das Regime weigerte, die Auszählung transparent zu gestalten.

Ähnliche Umstände fand man in dem parallel zur Parlamentswahl stattfindenden Verfassungsreferendum vor. In diesem Referendum stellte Lukaschenka die Frage, ob ihm das belarussische Volk erlaube, erneut für das Amt des Präsidenten zu kandidieren und die Verfassung entsprechend zu ändern. Lukaschenka ermöglichte sich dieses Referendum unter Ausnutzung seiner Rechte in der Verfassung, die ihm mit Artikel 81 erlaubt, ein solches Referendum durchzuführen. Allerdings nutzte der Präsident die Rechte der Verfassung für sich und trug auf der anderen Seite dazu bei, die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger, unter anderem die Versammlungs-, Meinungs- und Wahlfreiheit, zu beschränken. Da die Opposition, die dem Präsidenten eine dritte Amtszeit ablehnen wollte, auch hinsichtlich des Referendums von der Medienberichterstattung fast ausgeschlossen war, verblieben ihr zu meist nur Haus-zu-Haus-Besuche, um Wahlwerbung zu betreiben.

Wie auf einer Konferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung im November 2004 von belarussischen Wissenschaftlern dargestellt wurde, sind seit dem Frühjahr 2004 über 50 000 Belarussen befragt worden. Dabei zeichnete sich deutlich die Tendenz ab, dass die Zustimmung für Lukaschenka unter fünfzig Prozent lag. Danach wäre das Referendum gescheitert. Anzunehmen wäre, dass viele Belarussen schlussendlich gegen ihre Meinung die Zustimmung zum Referendum gaben, da sie Repressionen des Regimes fürchteten. Anders sind die Erklärungen von westlichen Wahlbeobachtern, die zwar inoffiziell, aber mit nicht minder großem Interesse auch einen Blick auf das Referendum warfen. Obwohl die OSZE das Referen-

dum selbst nicht beobachtete, so berichten OSZE-Mitarbeiter, die die parallel stattfindenden Parlamentswahlen mitverfolgten, dass die Stimmen zum Referendum zwar gesetzeskonform ausgezählt, die Ergebnisse jedoch anschließend schlichtweg gefälscht wurden.

Vor diesem Hintergrund fragen Oppositionelle aus Minsk, ob denn Belarus mit Blick auf die Entwicklungen in der Ukraine nun vom Westen vergessen werde. Dabei blicken sie mit Interesse in die Ukraine. Orange wurde auch zur Modefarbe der belarussischen Oppositionellen und gab ihnen Mut und Ideen, wie sie ihre Ziele durchsetzen können: Demokratie und Freiheit für das belarussische Volk. Sie bauen dabei auch auf die Hilfe von außen. Obwohl Präsident Lukaschenka keine ausländische Unterstützung für Demokratisierungsprojekte erlaubt, hoffen die Oppositionsparteien zumindest auf starke moralische Unterstützung – oder eben mehr.

In diesem Mehr liegt das Problem der Europäischen Union in Bezug auf die Ukraine wie auf den belarussischen Diktator Lukaschenka. Wie weit kann, wie weit darf sie gehen, um ihren Werten Geltung zu verschaffen? Belarus zeigt, dass jede Leisetreterei der Europäer vor allem zu einem führen kann: einem totalitären Staat Belarus.

Auswirkungen der Wahlen

Mit der Annahme des Referendums und dem Resultat der Parlamentswahlen konnte Lukaschenka seine Position als letzter Diktator in Europa zunächst festigen. Mit seinen offiziellen 75,7 Prozent Ja-Stimmen für die Möglichkeit einer weiteren Amtszeit kann er vordergründig auf eine nicht legitime, aber für ihn bequeme Mehrheit verweisen. Von den tatsächlichen Umständen der Wahl erfährt das belarussische Volk jedoch wenig, da die staatlich kontrollierten Medien selbstverständlich auch hier nicht frei und objektiv

über die Kritik von Oppositionellen und der internationalen Gemeinschaft berichten.

Durch den erneuten Wahlbetrug und seine repressiven Maßnahmen gegen die demokratisch orientierten Oppositionellen ruft Lukaschenka allerdings Gegenwehr hervor: Durch die Bildung und Ausweitung des Parteienbündnisses „Fünf+“, ihren sachlichen und politischen Wettstreit sowie ihr gemeinsames Auftreten im Ausland ist die Opposition deutlich stärker wahrnehmbar als jemals zuvor. Das Bündnis „Fünf+“ debattiert untereinander Sachthemen, aber auch Fragen wie Demokratieentwicklung, Wahlrecht und Unabhängigkeit. Pläne werden diskutiert, in welcher Weise man aufgrund fehlender medialer Unterstützung die Bürger über politische Inhalte informieren und ihnen verdeutlichen kann, dass Regimegegner keinesfalls eine unbedeutende Minderheit sind und ein ziviler Regimewechsel im Rahmen des Möglichen liegt. Vor diesem Hintergrund verfolgen Belarussen die Ereignisse im Nachbarland Ukraine mit großem Interesse – das Regime mit Sorge, die Oppositionellen mit Hoffnung.

Das Regime Lukaschenka

Aufgrund der starken Repression im Inland ist die demokratische Opposition auf Hilfe von außen angewiesen. Der Westen muss erkennen, dass Belarus mit der demokratischen Opposition jetzt über Personen verfügt, die gewillt sind, in ihrem Land einen demokratischen Prozess zu beginnen, der das Land öffnet und dem autoritären Führungsstil des jetzigen Präsidenten ein Ende setzt. Voraussetzung für diese Entwicklung ist allerdings noch die Ernennung eines Herausforderers von Lukaschenka, der über möglichst breite Unterstützung durch alle demokratisch gesinnten Kräfte in Belarus verfügt. Leider ist dieser bislang noch nicht in Sicht.

Seit 1994 herrscht Alexander Lukaschenka autoritär über Belarus, seit dem

1. Mai 2004 direkter Nachbar der EU. Verstärkt seit 1997 verfolgt der ehemalige Kollchos-Chef einen innenpolitischen Repressionskurs, um seine Macht im Land zu sichern. Zeitungen werden ruinös verklagt, in- und ausländische Journalisten verfolgt und bedroht, Oppositionelle unterdrückt. Im April 2004 nahm der Europarat einen Bericht an, nach dem führende Staatsvertreter für das Verschwinden von vier belarussischen Oppositionellen und Journalisten verantwortlich sind. Das zentrale Problem Lukaschenkas liegt jedoch nicht im Umgang der westlichen Staaten mit ihm, sondern im Bestreben seines eigenen Volkes, das Glück im Westen zu suchen. Einerseits handelt es sich bei Belarus um ein autoritäres System – andererseits ist dieses aber halb durchlässig. Die begrenzte Öffnung zum Westen – gemeint sind wirtschaftlicher Austausch, Reisemöglichkeit, gewisse Meinungsfreiheit in Belarus, Studium im Ausland, ausländische Publikationen, zum Beispiel über das Internet – führt zu einem Import von westlichen Lebenszielvorstellungen in das Land. Diese zumeist materiell begründeten Zielvorstellungen werden untrennbar mit den Werten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft verknüpft.

Diese beginnende Öffnung Belarus' führt gleichzeitig zu einem Export des Entwicklungspotenzials aus dem Land. Wer es sich finanziell oder vom Ausbildungsniveau her leisten kann, verlässt das Land.

Das einfache Volk in Belarus, zum Beispiel Mütter und Väter der belarussischen Studenten im Ausland, erlebt die Entwicklungsmöglichkeiten seiner Kinder und nutzt teilweise Vorteile für sein eigenes Leben im Unrechtsstaat. Immer deutlicher wird sowohl den Studenten im Ausland wie auch den Bürgern in Belarus: Das Regime Lukaschenka kann ihrer Leistungsfähigkeit offensichtlich nicht entsprechen. Dieser Widerspruch kann Keimzelle für den großen Willen nach Freiheit vom Unrechtsstaat sein. Lukaschenka

schenka ist diese Entwicklung bewusst – und er reagiert darauf auf taktischer wie auf strategischer Ebene.

In taktischer Hinsicht versucht er – Minsker Gerüchten zufolge –, die Präsidentschaftswahlen bereits auf 2005 vorzuziehen und damit die noch schwache, sich jedoch zunehmend selbstbewusster organisierende Opposition zu überrumpeln. Dies antizipierend, plant die Opposition viel versprechende Gegenmaßnahmen. In der strategischen Hinsicht liegt die größere Gefahr. Um den Import von Wünschen und Lebenszielen nach Belarus zu unterdrücken, bleibt Lukaschenka nur die Beschränkung von Ausreisen.

Das von ihm angekündigte Verbot, die Kinder, die unter den Folgen von Tschernobyl zu leiden haben, nicht mehr nach Deutschland reisen zu lassen, lässt sich in dieser Hinsicht erklären. Lukaschenka begründete seine diesbezüglichen Maßnahmen sogar öffentlich damit, dass der Westen die Kinder „verderben“ würde. Noch ist unklar, ob die Kinder tatsächlich nicht reisen dürfen. Die ursprüngliche Ankündigung von Lukaschenka und das dabei verwendete Vokabular sprechen jedoch eine deutliche Sprache.

Ein weiteres Element der Unterdrückung der Grundfreiheiten besteht in der Desinformation. Die teilweise Blockade von russischen Fernsehsendern, die Zensur der Medien in Belarus auf der einen Seite und die Einführung des Pflichtfachs „Ideologieunterricht“ in Schulen und Universitäten sowie einer politischen Informationsstunde in Betrieben sind für Lukaschenka Instrumente zur Monopolisierung der Information. Über diese Kanäle werden dann auch ausführlich Diskreditierungen betrieben, zum Beispiel in der Form, dass Lukaschenka die Deutschen bezichtigt, die belarussischen Frauen zu prostituieren und Drogen ins Land zu bringen.

Zwar wird Belarus in Brüssel häufig thematisiert, und die EU gab wie die

Amerikaner zu den Wahlen 2004 eine deutliche Stellungnahme ab. SubstanzIELLE Aktivitäten der Politik der EU sind jedoch kaum festzustellen.

Auswirkungen auf Europa

Anders als der im Oktober 2004 von Präsident Bush unterzeichnete „Belarus Democracy Act“ verhält sich die EU zu den Entwicklungen in Belarus zurückhaltend und beschränkt sich hauptsächlich auf ein passives Einfrieren der Beziehungen. Die EU praktiziert immerhin zum Wohle der GASP den Beschluss von 1997, die gemeinsame Zusammenarbeit mit Belarus einzuschränken und ministerielle Kontakte nur noch über den Vorsitz der EU-Troika wahrzunehmen. Diese faktische Einschränkung sämtlicher Zusammenarbeit hat jedoch in den vergangenen Jahren weder zu einer Veränderung der Politik Lukaschenkas geführt noch dazu beigetragen, dass die EU ein besseres Image bei der Bevölkerung in Belarus erhält und von ihr als erstrebenswerter und erreichbarer Partner gesehen wird.

Die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 22. November 2004 haben jedoch eine klare Sprache verwendet und die Haltung der EU zu den „Schikanen gegenüber politischen Parteien, unabhängigen Medien, NRO und akademischen Einrichtungen“ in Belarus notwendigerweise klargestellt. In der Vergangenheit gab es ausreichend Chancen für Lukaschenka, seine Bereitschaft zur Öffnung des Landes zu beweisen. Anzuführen ist beispielsweise die Rücknahme einer Belarus-kritischen Resolution durch die parlamentarische Versammlung der OSZE im Juli 2004 in Edinburgh. Die Hoffnung, dass sich die belarussischen Parlamentarier unter Abwendung der kritischen Resolution für freie Wahlen im Oktober 2004 einsetzen könnten, hat sich nicht erfüllt. Ein Kompromisspapier, in dem die belarussischen OSZE-Delegierten ihre Zusage gaben, sich für

freie und faire Wahlen in Belarus einzusetzen, hat nicht zu sichtbaren Aktivitäten geführt.

Für die freien Länder der Welt ist es nicht hinnehmbar, dass sich Belarus – welches sich nach dem Zerfall der Sowjetunion ja schon auf einem demokratischen Weg befand – als letzte Diktatur in Europa festigt. Es ist deshalb an der Zeit, aktiver nach Wegen für eine demokratische Selbstbestimmung des belarussischen Volkes zu suchen. Nicht nur die 1990 in der Charta von Paris festgelegten Ziele von Demokratie, fairen und demokratischen Wahlen sowie Pluralismus gilt es zu verteidigen, sondern die OSZE als Institution. Indem Lukaschenka erneut die in der Charta von Paris festgelegten und von Belarus unterzeichneten Prinzipien der OSZE verletzte, beschädigte er diese für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unvergleichlich wichtige Institution.

Was der Westen nun tun muss

Die demokratischen Länder in der OSZE müssen sich im Interesse der Sicherheit und Zusammenarbeit gegen die fortgesetzte Torpedierung dieser Institution durch Belarus wehren – wenn es ziieldienlich ist, dann auch außerhalb der OSZE über bi- und multilaterale Maßnahmen. Da es die CDU/CSU-Fraktion als unwahrscheinlich ansieht, dass Präsident Lukaschenka künftig einen offenen und fairen Weg gehen wird, hat sie dem Deutschen Bundestag aus diesen Gründen mögliche Schritte zur Unterstützung der Selbstbestimmung des belarussischen Volkes vorgeschlagen. Dazu zählen auch Sanktionen, die zielgerichtet politische Verantwortungsträger treffen sollen. Unter anderem haben wir uns für EU-Einreisebeschränkungen stark gemacht, die direkt den Präsidenten treffen, der in der EU gern Urlaub macht. Darüber hinaus haben wir Kontensperrungen vorgeschlagen sowie die Einrichtung eines Auslandssenders, der frei und unabhän-

gig von und über Belarus informieren soll. Im Europäischen Nachbarschaftskonzept der EU-Kommission wird bislang festgestellt, dass Belarus und die EU erst dann in der Lage sein werden, vertragliche Beziehungen herauszubilden, wenn Belarus nach freien und fairen Wahlen eine demokratische Regierungsform eingerichtet hat. Prinzipiell spricht sich die Kommission dafür aus, dann die Vorteile der europäischen Nachbarschaftspolitik auch auf Belarus auszudehnen. Bis dahin überprüft die EU Möglichkeiten, verschiedene Formen der Unterstützung der Zivilgesellschaft zu stärken.

Der Beschluss des Europäischen Rates zielt in diese Richtung und ist ein Vorstoß, der wesentliche Impulse für einen engagierten Umgang der EU mit Belarus liefern kann. Ziel europäischer Politik muss es sein, den grundlegenden Werten der Union auch in Belarus zum Durchbruch zu verhelfen. Dies kann nach aller Erfahrung mit Lukaschenka nur dadurch geschehen, dass belarussische demokratische Oppositionelle so unterstützt werden, dass sie eine politische Alternative zu Lukaschenka darstellen und vom Volk auch als solche wahrgenommen werden können.

Selbst wenn diese wesentliche Änderung der EU-Politik gelingen sollte, können die darauf notwendig folgenden Maßnahmen nur dann zum Erfolg führen, wenn nicht nur der Westen, sondern auch Russland, mit dem Belarus formal eine Union bildet, den Kampf gegen Unterdrückung und gegen das autoritäre Regime aufnimmt – oder zumindest seine Unterstützung für den belarussischen Diktator einstellt. Wie aber sollen wir den vorhandenen Einfluss Russlands auf Belarus nutzen können, wenn Russland selbst auf dem besten Weg ist, das Niveau seiner Demokratie zu senken, und berechtigte Sorgen bestehen, dass es sich auf einem autoritären Weg befindet? Nicht nur die innere Lage in Russland lässt der-

zeit von dort Fürsprache für Demokratie und die Beachtung der Menschenrechte in Belarus nicht erwarten. Aufgrund der Revolution in der Ukraine, so lassen Kommentare aus Moskau schließen, sei es nun angebracht, zumindest die „verbliebenen“ Nachbarn enger an sich zu binden.

Die grundsätzliche Frage des Umganges

Das Problem Belarus wirft damit die große Frage auf, wie die EU mit autoritären Tendenzen an ihren Außengrenzen umgehen soll. Die bisherige Hoffnung, das Regime Lukaschenka würde sich durch seine selbst gewählte Isolation praktisch selbst auflösen, hat sich nicht erfüllt. Bisherige Reisebeschränkungen halfen nicht, Lukaschenka zu einer Kurskorrektur zu bewegen. Selbst nach der Zurückhaltung der EU seit 1997 konnte er unvermindert Wahlen fälschen und die Opposition unterdrücken.

Mit der Ostverschiebung der EU-Außengrenze ist es zu ihrer dringlichen Aufgabe geworden dazu beizutragen, dass die neuen Nachbarländer stabil und demokratisch sind. Dies geschieht in der Überzeugung, dass weder wirtschaftliche noch politische Trennlinien in Europa gemeinsamen Frieden und Wohlstand ermöglichen werden. Es muss konstatiert werden, dass es aus der gemeinsamen Geschichte Europas die Pflicht der EU-Mitglieder wie Russlands ist, eine Festigung der Diktatur in Belarus zu verhindern. Um Unterdrückung und Unmenschlichkeit zu beenden, müssen beide Lager zu einer gemeinsamen Sprache in Belarus finden, die sich nicht um Interessensphären, sondern um die Verantwortung gegenüber den Menschenrechten dreht. Die Reformen des Verhältnisses zwischen Staat und Bürgern in Belarus läuft jedoch parallel mit ähnlichen Entwicklungen in Russland. Mit seiner Innenpolitik und seiner Politik gegenüber den europäischen und internationalen Partnern ebnet Russland

seinem Nachbarn Belarus den Weg und verhindert weitere internationale Beschränkungen Belarus' durch die internationale Gemeinschaft, die mit gleichem Maß messen müsste.

Da der Weg zur Demokratie in Belarus über Moskau geht, kann dieses Ziel dem Westen nur durch einen Dialog mit der russischen Regierung über die russische Demokratie und Einfluss in Osteuropa gelingen. Das bisherige Schweigen der Bundesregierung über kritische Entwicklungen in Russland ist hierzu der falsche Weg und zeigt, dass sie nicht nur russische, sondern auch belarussische autoritäre Tendenzen billigend in Kauf nimmt. Platte öffentliche Kritik oder die Aufweichung der GASP wäre freilich ebenso falsch. Die Bundesregierung und die europäischen Partner sind daher aufgefordert, das Thema Demokratie in Osteuropa prominent auf jede bi- und multilaterale Tagesordnung zu setzen und, wo immer möglich, über Anreize und Sanktionen Einfluss auszuüben. Moskau möchte die Arbeit der OSZE zur Demokratie verringern und die sicherheitspolitische Komponente der Organisationen ausbauen. Dabei übersieht es, dass demokratische Partner geradezu die Voraussetzung für eine dauerhafte sicherheitspolitische Kooperation sind. Wer dies vernachlässigt, setzt die internationale Sicherheit und Kooperation in Europa langfristig einer großen Gefahr aus, um kurzfristig innenpolitischen Interessen nachzugeben. Nur demokratisch verfasste Gesellschaften gestalten dauerhaft gute Beziehungen. Fünfzehn Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs sollten sich die Staats- und Regierungschefs in Europa bewusst werden, dass Demokratie und Wohlstand in Osteuropa nicht selbstverständlich sind, sondern eine Aufgabe darstellen, für die wir im Sinne der Freiheit und unserer eigenen Werte täglich kämpfen müssen und die wir keinesfalls hinter andere Probleme zurückstellen dürfen.